

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 268

11. Sept. 2002

8. Jahrgang

Ex-Gueriller@s, Soldaten und Feuerwehrleute machen gemeinsame Sache

Der Einsatz von Minen und Sprengkörpern ist eine der Charakteristiken der bewaffneten Konfrontationen und Kriegen auf dieser Welt. Und ihre Beseitigung ist eines der komplexesten Probleme der jeweiligen Nachkriegszeit. In Guatemala trägt die Form, in der die Lösung dieses Problems geplant ist, aussergewöhnliche Züge: Diejenigen Parteien, die sich im bewaffneten Konflikt gegenüber gestanden haben, sind diejenigen, welche die Verantwortung für die Gefahr tragen, die die Bomben und Minen für die Bevölkerung darstellen. Und sie sind es auch, die sich um ihre Beseitigung zu kümmern haben, unterstützt von der freiwilligen Feuerwehr und der internationalen Gemeinschaft.

Der Autor des Artikels, Hugo Leonel Cabrera Cifuentes, ist Mitarbeiter des *Centro de Estudios de Guatemala*, CEG.

In Guatemala nimmt das Problem der Minen nicht die selben Ausmasse an wie in anderen Ländern. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Guerilla-Gruppen der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas*, URNG, eine zurückhaltende Politik hinsichtlich des Gebrauchs von Minen und Sprengsätzen entwickelten und sich im Wesentlichen auf die Verteidigung der Kampfesfronten und die Verhinderung des Verkehrs von Militärfahrzeugen der Armee beschränkten, um möglichst wenig die zivile Bevölkerung zu gefährden. Zum anderen beschränkte die Armee ihre Bombardements auf diejenigen ländlichen Regionen, wo sich die Aufständischen mobilisierten, wobei neben den Guerilla-Gruppen vor allem nicht-kämpfende Zivilpersonen getroffen wurden.

Im Zusammenhang des Friedensprozesses stehen diese Parteien als Akteure des Konfliktes in der Verpflichtung und haben die Verantwortung übernommen, sich um die Entminung des Landes zu kümmern. Am 17. Juni 1994 wurde in Oslo, Norwegen das Abkommen zur "Wiederansiedlung der aufgrund der bewaffneten Konfrontation entwurzelten Bevölkerung" unterschrieben. Dieses Abkommen erkennt die Notwendigkeit an, "dringend die Beseitigung jeglicher Art von Minen oder explosiven Artefakten in Angriff zu nehmen, die in den Gebieten, in denen sich der Konflikt entwickelt hat, eingegraben oder nachlässig verstreut liegen. Die unterzeichnenden Parteien verpflichten sich, jede Art von Zusammenarbeit bei diesen Aktivitäten zu leisten". (Titulo II, Nr.4).

Sandino Asturias, einer der *Ex-comandantes* und Koordinator der demobilisierten KämpferInnen der URNG, die an dem Entminungsprogramm teilnehmen, erklärt, dass diese Arbeit seit dem Jahr 1995 im Gange ist, als eine Antwort auf die Risiken, mit denen die Zurückkehrenden, Demobilisierten und Vertriebenen des bewaffneten Konflikts bei ihrer Rückkehr konfrontiert waren.

Zitat aus einem Dokument des Entminungsprogramms: "Anfang 1995 begann die Rückkehr der Flüchtlinge in jene Gebiete, die von der *Nationalen Kommission für die Betreuung der Repatriierten, Flüchtlinge und Deplazierten* -

CEAR - zu diesem Zweck erworben wurden. Als Folge davon und aufgrund der Verpflichtung, der entwurzelten Bevölkerung die erwähnten Garantien zu bieten, wurde die freiwillige Feuerwehr angeworben, die von der deutschen Nichtregierungsorganisation *Koordinationsstelle von Projekten zur Beseitigung von Kriegsschäden - GPC* - im Aufspüren und Entdecken von Minen und Sprengkörpern trainiert wurde. Die Zerstörung der gefundenen Sprengsätze wurde von Mitgliedern des Ingenieur-Corps der guatemaltekischen Armee vorgenommen." (Entminungsprogramm *Rückgabe des Lächelns und des Vertrauens an die Bevölkerung*).

Nach der Unterzeichnung der Friedensverträge 1996, so Asturias, hat die URNG gemeinsam mit den Blauhelm-Soldaten der Vereinten Nationen einmalige Entminungsaktionen in der Region um den Vulkan Tajumulco durchgeführt, in der sich die Radiostation *La Voz Popular* befand, sowie im Departement Chimaltenango. Auf diese Weise wurden die letzten aktiven Minenfelder der URNG entschärft und insgesamt 329 Sprengsätze deaktiviert.

In den folgenden Jahren wurde die Institutionalisierung des Entminungsprozesses vorangetrieben. Seit Dezember 1998 gibt es eine *Entminungs-Koordinationskommission*, deren ausführende Abteilung, die *UCE*, die Realisierung des Nationalen Entminungs- und Zerstörungsplans von explosiven Artefakten zur Aufgabe hat. Unterstützt und beraten wird sie dabei vom *Entminungs-Hilfsprogramm der Organisation der amerikanischen Staaten - PADCA/OEA*. Es wurde festgelegt, im Gemeindebezirk von Ixcán im Tieflandgebiet des Departements Quiché zu beginnen, da dieses Gebiet für das vom bewaffneten Konflikt am stärksten betroffene gehalten wurde. Hier waren die *Front des Commandante Ernesto Guevara* der URNG und die *Militärzone Nr. 22* der guatemaltekischen Armee stationiert.

In der Kommission vertreten sind Mitglieder des Corps der freiwilligen Feuerwehr, der Demobilisierten

der URNG und des Ingenieur-Corps der Armee. Unterstützt wird das Ganze wie erwähnt von der OEA, die für die internationale Supervision und für die Logistik im allgemeinen zuständig ist. Die Zusammensetzung dieser Gruppe widerspiegelt den wichtigsten Charakterzug des Projekts: In allen Aktivitäten, von der Sensibilisierung und öffentlichen Information bis hin zur Zerstörung der Sprengsätze, sind wirklich all jene Parteien involviert, die am bewaffneten Konflikt beteiligt waren, und sie werden dabei von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Die politische Verantwortung trägt die *Entminungs-Koordinationskommission*, in der der Präsident der Friedens- und Entminungskommission des Kongresses, der Befehlshaber der freiwilligen Feuerwehr und der Verteidigungsminister sitzen.

Sandino Asturias erläutert die Etappen der Arbeit: "Zuerst wird eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt, die darin besteht, Arbeitsgruppen aus Demobilisierten der URNG und der freiwilligen Feuerwehr gemeinsam in die verschiedenen Gemeinden zu schicken, um dort mit den lokalen Behörden, den LeiterInnen der verschiedenen Organisationen und BürgermeisterInnen zu reden und um die Informationen möglichst weit zu streuen, Haus für Haus oder auch Schule für Schule zu besuchen. Dahinter steckt die Idee, das Vertrauen der verschiedenen Gemeinden zu gewinnen, damit sie sich einmischen und man sie bezüglich dieses heiklen Themas sensibilisieren kann. All dies dient der Erreichung des zentralen Ziels: die Information über die Ortung der Sprengkörper. Ausserdem sollen die BewohnerInnen wissen, was ein Sprengsatz ist und wie sie ihn erkennen können."

Die gemischten Gruppen aus Demobilisierten und Feuerwehrleuten kennzeichnen die Sprengkörper für ihre anschließende Entschärfung mit Sprengladung, was dann die Aufgabe des Ingenieur-Corps der Armee ist. Ausserdem gibt es einen Notfallplan, der von einer Spezialtruppe ausgeführt werden würde, falls irgendwo auf nationalem Gebiet Minen oder Sprengsätze entschärft werden müssten.

Dieser Notplan konnte jedoch nicht die zwölf bekannt gewordenen Unfälle im Zusammenhang mit Sprengsätzen in den letzten Jahren verhindern: Im November des vergangenen Jahres sind in einer Gemeinde von Huehuetenango drei Jungen gestorben, die eine Granate gefunden hatten. Diese explodierte, als die Kin-

der sie von der Stelle bewegen wollten. Dabei wurden vier weitere Personen verletzt. Ein weiterer Unfall ereignete sich Anfang dieses Jahres in der Nähe von Cobán, wo ebenfalls eine Granate gefunden worden war, die, heil bis nach Hause transportiert, schliesslich auf dem Küchentisch explodierte und dabei das Leben von zwei Kindern beendete und zwei weitere verletzte. Typische Fälle von Unwissenheit, gegen die nur ein intensives Aufklärungsprogramm ankommen kann.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft im Entminungsprogramm ist fundamental; die OEA bietet die Unterstützung und die notwendige logistische Ausstattung, inklusive der Fahrzeuge, und etwas sehr Wichtiges: Sie bezahlt die Lebensversicherung der am Programm Beteiligten. Zudem ist die *Hilfsmision für die Beseitigung von Minen in Zentralamerika - MARMINCA*, bestehend aus Offizieren des *Interamerikanischen Verteidigungsvorstandes (JID)*, beratend tätig. Der JID wiederum erfüllt die technisch-operative Funktion, die für die Entschärfung von explosiven Artefakten notwendig ist, sie sind also die internationalen Supervisoren, die die entsprechenden Sicherheitsnormen garantieren.

Das Entminungsprogramm trägt hohe Risiken, geht langsam voran und ist in vielerlei Hinsicht kostspielig. Es liegt auf der Hand, dass die technisch-militärischen Operationen für die Beseitigung der Minen und Bomben extrem gefährlich sind und hochspezialisiertes Personal bedürfen. Aber zudem ist diese Angelegenheit politisch komplex, wird die Arbeit doch gerade in den am stärksten vom bewaffneten Konflikt betroffenen Regionen durchgeführt, in denen es zu zahlreichen Massakern und Bombardements von Seiten der Armee gekommen ist.

Ausser der Demobilisierung der bewaffneten Einheiten der URNG und dem Rückzug einiger Armeeeinheiten ist es in diesen Regionen bislang zu keinen grösseren Fortschritten hinsichtlich der Erfüllung der Friedensverträge gekommen. Die sozio-ökonomischen Probleme, die den Anlass zum Konflikt gaben, bleiben ungelöst. Das Elend, das Fehlen von Arbeit und der Mangel an Aufmerksamkeit von Seiten des Staates haben sich in den letzten Jahren verschärft, und die Bevölkerung ist es längst überflüssig, was die Anwesenheit vieler Institutionen angeht. "Sie kommen, um statistische Daten zu erheben und wir bekommen im Gegenzug nichts dafür,"

so die Worte von Mitgliedern der Hilfsbürgermeisterei des Dorfes Sacuchum Dolores, San Pedro Sacatepéquez, San Marcos.

In diesem Ort wurde am vergangenen 16. Juni das gemischte Team aus Demobilisierten und Feuerwehrleuten einen Tag lang festgehalten, als es in dem Dorf Sensibilisierungsarbeit für das Entminungsprogramm durchführen wollte. Eine Gruppe von zehn bis fünfzehn DorfbewohnerInnen begleitete den Hilfsbürgermeister und erklärte, dass sie es nicht akzeptierten, dass die VertreterInnen des Entminungsprogramms in ihrer Gemeinde arbeiteten, "denn hier gab es zahlreiche Massaker, Festnahmen, Ermordungen und geheime Massengräber, es gibt viele Kriegswitwen und -waisen, und was diese wollen, sind Taten und Hilfe." Sie wollten auch die Feuerwehrleute nicht, denn "wenn man diese um Hilfe bittet, sagen sie immer, sie hätten kein Benzin, sie kommen nur, wenn es Leichen gibt." Zum Glück gelang es in diesem Fall mit der Intervention anderer Mitglieder der Hilfsbürgermeisterei, die etwas flexibler waren, ein Übereinkommen über den Rückzug des Entminungsteams aus dem Gebiet zu treffen und die Freiheit für dieses, um zu ihrem Camp zurückzukehren.

Es ist klar, dass die BewohnerInnen nicht gegen das Entminungsprogramm an sich sind, jedoch sind sie es ganz einfach satt, stets bloss wahlpolitische Angebote und Versprechen zu erhalten, die nie umgesetzt werden. Und ihr Vorgehen ist eine Form des Protestes, ein Verhalten, das sich immer mehr und im ganzen Land ausbreitet.

Trotz all dieser Schwierigkeiten lassen sich dennoch Fortschritte verzeichnen: Eine Bilanz über die Teilerfolge des Programms von 1998 bis 2002 umfasst 30 Gemeindebezirke, 400 *comunidades*, 100'000 "sensibilisierte" Personen und 400 gefundene und entschärfte Sprengsätze. Davon sind laut Asturias 92% Bomben (bis 500 Pfund), die in den Bombardements der guatemaltekischen Luftwaffe (FAG) abgeworfen wurden, Kanonenprojekte (z.B. des Typs "105 mm"), Mörsergranaten und andere Granaten, die die Armee verwendet hat, und die nicht explodiert sind. Die restlichen 8% sind Minen und Fallen, die von der Guerilla gelegt worden sind. Diese Angaben umfassen auch Handgranaten und Claymore-Minen.

Die UCE hat im August 1999 mit der Anwendung eines Spezialplans begonnen, der die Erweiterung des Pro-

gramms um weitere Risikogebiete bis ins Jahr 2004 vorsieht, nachdem im Januar 2000 die Aktivitäten in der Region um Ixcán beendet und ab März desselben Jahres ein einjähriges Programm im Raum Ixil (sieben Gemeindebezirke) lief. In dieser Hochlandregion des Departements Quiché befanden sich in Zeiten des Konflikts die *Ho Chi Min-Front* der URNG und die *Militärzone Nr. 20*.

Die Entminungsaktionen haben bereits ansatzweise die Rückkehr in Gebiete erlaubt - und werden dies weiterhin tun - die viele Jahre lang in Ver-

gessenheit geraten waren und beseitigen gleichzeitig eine Gefahr, die den Fortschritt und die Entwicklung in diesen Gebieten behindert. Aber immer noch gibt es eine grosse Anzahl von Explosionskörpern, die gefunden und zerstört werden müssen. Dabei ist die Beteiligung von Gemeindebehörden und kommunalen Organisationen sowie der Bevölkerung im allgemeinen grundlegend.

Doch noch ist es ein langer Weg dahin, Guatemala als eine Zone erklären zu können, die frei ist von Minen und Sprengkörpern. Die humanitäre

Aufgabe der Entminungsaktionen ist eine Herausforderung innerhalb des schwierigen Prozesses der Versöhnung der guatemalteckischen Gesellschaft nach den Friedensverträgen und der Beendigung der militärischen Aktionen.

Das Wichtige, so Asturias, ist, dass "alle involvierten Institutionen die Gewissheit haben, dass es möglich ist, durch gemeinsame Arbeit innerhalb von kurzer Zeit die Mission zu erfüllen, die es erlauben wird, zu verhindern, dass noch mehr unschuldige Opfer sterben müssen".

Endlich Gerechtigkeit für Myrna Mack?

Guatemala, 6. Sept. Vor genau 12 Jahren, am 11. September 1990, wurde die Anthropologin und Mitarbeiterin der *Vereinigung für den Fortschritt der Sozialwissenschaften* (AVANSCO), Myrna Mack, auf brutale Weise ermordet. Mack beschäftigte sich in ihren Studien mit den Auswirkungen der Repression und der Militarisierung auf die indigene, ländliche Bevölkerung in der Ixil-Region.

1993 wurde Noel de Jesús Betata, ein niederrangiges Mitglied des Generalstabs des damaligen Präsidenten Vinicio Cerezo, als Ausführender des Mordes zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Seither versucht die Schwester von Myrna, Helen Mack, die intellektuell Verantwortlichen für den Mord vor Gericht zu bringen. Dabei handelt es sich um drei heute pensionierte, hochrangige Offiziere der gua-

temalteckischen Armee: General Edgar Godoy Gaitán, ehemaliger Chef des Generalstabs des Präsidenten (EMP), Juan Valencia Osorio und Juan Guillermo Oliva Carrera, Chef und stellvertretender Chef für Sicherheitsfragen der selben Institution.

Die Anwälte der drei Angeklagten haben alles unternommen, um eine Gerichtsverhandlung zu verzögern, bzw. es gar nicht so weit kommen zu lassen. Juristische Schachzüge, aber auch konkrete Drohungen gegen Helen Mack, MitarbeiterInnen ihrer Stiftung sowie gegen ihre Anwälte prägten in den vergangenen Jahren den "Fall Myrna Mack".

Nun ist es endlich soweit: Am 3. September hat der öffentliche Prozess gegen die drei Angeklagten begonnen. Hunderte von Personen füllten den Saal im Obersten Gericht, um dem wichtigen Prozess beizuwohnen. Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten zuerst Menschenrechtsorganisationen, die sich mit Helen Mack solidarisieren und vom Gericht ein transparentes und unabhängiges Urteil fordern, danach versammelte sich eine Gruppe von Militärs, die sich mit den Angeklagten solidarisieren. "Ausländer, wenn ihr hier seid, um unsere Richter zu kaufen, seid ihr in Guatemala nicht willkommen", hiess es auf einem ihrer Transparente, in Anspielung auf die zahlreiche anwesenden internationalen BeobachterInnen und JournalistInnen.

Dieser Prozess wird, unabhängig von seinem Ausgang, als "historisch" in die Geschichte Guatemalas eingehen. Er stellt (ebenso wie das bereits der "Fall Gerardi" gemacht hat) die staatlichen Institutionen auf die Probe und es wird sich zeigen, wie es um den guatemalteckischen Demokratisierungsprozess und die Rechtsstaatlichkeit steht. Einen Prozess zu führen gegen drei hohe Offiziere bedeu-

tet, einen Prozess gegen die Armee zu führen. (Früher wurden solche Fälle vor dem Militärgericht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehandelt.) Ein grosses Problem wird die Beweisführung darstellen. Die meisten Dokumente, die eine Verantwortung der drei Angeklagten beweisen könnten, befinden sich im Besitz des EMP und gelten noch als "geheim". Werden sie erst einmal freigegeben, können sie als Beweismittel in unzähligen Prozessen gegen Militär- oder Geheimdienstangehörige beigezogen werden und der Staat wäre gezwungen, seine Verantwortung in den während dem bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen einzugestehen.

Über den bisherigen Verlauf des Prozesses ist noch wenig bekannt. Während der Anhörung von Juan Valencia Osorio, die über fünf Stunden dauerte, versicherte der Angeklagte wiederholt seine Unschuld. Er bestritt, überhaupt von der Existenz von AVANSCO gewusst zu haben, geschweige denn von den Widerstandsdörfern, über die Myrna Mack mehrere Untersuchungen gemacht hat. Als Zeugen sind eine Reihe prominenter Persönlichkeiten geladen, u.a. Ex-Präsident Vinicio Cerezo und der ehemalige Generalstaatsanwalt Acisclo Valladares Molina.

Einen ersten Teilsieg hat die Anklage bereits gewonnen: Das Gericht hat veranlasst, dass die drei Angeklagten, die seit 1996 unter Hausarrest stehen, während der Dauer des Prozesses ins Gefängnis müssen. Der Antrag der Verteidigung, sie zu ihrem eigenen Schutz in ein Militärgefängnis zu überführen, wurde abgelehnt. Konkret heisst das: Was immer auch die Verteidiger der Militärs unternehmen, um den Prozess zu verzögern oder zum Stillstand zu bringen, die Angeklagten sitzen im Gefängnis!

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

MINUGUA veröffentlicht Untersuchung über Lynchjustiz

Guatemala, 28. Aug. Die Studie der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* (MINUGUA) registriert für das laufende Jahr eine Zunahme von Lynchjustizfällen vor allem in den Departements, in denen während dem bewaffneten Konflikt am meisten Massaker und Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben.

Gemäss dem Bericht mit dem Titel "Die Lynchjustiz, eine Geissel, die fort-dauert", hat MINUGUA in diesem Jahr 35 Fälle von Lynchjustiz gegen 77 Personen verifiziert, von denen 14 tödlich geendet haben. Im letzten Jahr waren es insgesamt 75 Fälle mit 189 Opfern, von denen 27 starben.

Es sind die Departements Quiché, Alta Verapaz, Huehuetenango, San Marcos, Baja Verapaz und Totonicapán, in denen die Lynchjustiz am weitesten verbreitet ist. Die meisten dieser Regionen gehören auch zu denen, die am wenigsten Infrastruktur haben, in denen der Staat mit seinen Institutionen und Programmen sehr schwach präsent ist und in denen die Armut und die AnalphabetInnenrate am höchsten sind. In diesen sieben Departements haben 79% der Selbstjustizfälle stattgefunden, ebenso wie während dem bewaffneten Konflikt an den selben Orten 87% aller reportierten Menschenrechtsverletzungen und 92% der Massaker stattgefunden haben.

Für Tom Koenigs, den neuen Chef von MINUGUA, hat Selbstjustiz überhaupt nichts mit indigenen Traditionen zu tun, wie das Phänomen in der Öffentlichkeit oftmals despektierlich erklärt wird. In der traditionellen Rechtsprechung der Indígenas würden das Leben und die Würde einer Person sehr stark respektiert und es würde grossen Wert auf gewaltfreie Konfliktlösungen gelegt, meinte Koenigs. Vielmehr sei die Lynchjustiz eine Konsequenz der Aufstandsbekämpfungspolitik, die, entgegen aller Erwartungen, auch nach Beendigung des bewaffneten Konfliktes weiter betrieben wird.

MINUGUA empfiehlt der Regierung in ihrer Studie, Präventionsprogramme zu entwickeln und die BürgerInnen über ihre Rechte aufzuklären. Auch müsse die operative und präventive Kapazität der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) gestärkt werden, vor allem in denjenigen Regionen, in denen die Strukturen der ehemaligen Zivilpatrouillen und Militärkommissären noch aktiv seien.

Seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen Ende 1996 bis zum Abschluss ihrer Studie verzeichnete MINUGUA insgesamt 421 Fälle von Selbstjustiz gegen total 817 Opfer - 215 davon endeten tödlich, ohne dass ihnen tatsächlich ein Verbrechen nachgewiesen

werden konnte. In den 386 Fällen, in denen es zu einer konkreten Anklage gegen die TäterInnen kam, wurde nur bei 10% eine definitive Strafe verhängt, alle andern Fälle endeten in der Straflosigkeit.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der MINUGUA-Studie präsentierten verschiedene religiöse Organisationen ein Projekt zur Bekämpfung der Lynchjustiz. Laut Vitalino Similox von der *Konferenz der evangelischen Kirchen Guatemalas* (CIEDEG), liegt der Ursprung dieses Phänomens im sozialen und wirtschaftlichen Druck, unter dem ein Grossteil der Bevölkerung leidet. Ebenso wie Koenigs verweist er auf den bewaffneten Konflikt und das nichtfunktionierende Justizsystem als weitere Ursachen.

Das Projekt zielt darauf ab, Pfarrer und Priester sowie lokale Autoritätspersonen über die Menschen- und BürgerInnenrechte und über die Friedensabkommen weiterzubilden und diese Personen als MultiplikatorInnen in den Gemeinden einzusetzen. Ebenfalls zum Schneeballeffekt des Projekts beitragen sollen die lokalen Medien.

Gestartet wird das Projekt im Quiché, Alta Verapaz, Huehuetenango und der Hauptstadt, wobei man sich bei der Auswahl dieser Departements auf die Studie von MINUGUA beruft.

Verschundene "gefunden"

Guatemala, 23. Aug. Von insgesamt 14 Personen, die während dem Krieg verschwunden sind und deren Namen in einem in den USA freigegebenen geheimen Dokument der US-Geheimdienste aufgelistet sind, konnte der Aufenthaltsort ausgemacht werden.

Das Dossier kauften US-amerikanische Menschenrechtsorganisationen von einem niederrangigen Offizier der guatemalteckischen Armee. Am 20. Mai 1999 veröffentlichten sie eine Liste mit den Namen von rund 180 StudentInnen und GewerkschaftsführerInnen sowie Gueriller@s, die in der Zeit zwischen 1983 und 1985 unter der durch einen Putsch an die Macht gekommenen Regierung von General Oscar Humberto Mejía Víctores verschwunden waren. Das Dokument enthielt die Namen, Adressen, Pseudonyme und Passnummern der verschwundenen Personen und je den Vermerk, ob sie ermordet wurden oder nicht. In Guatemala erhielt das Dokument den Namen "Todesdossier" (siehe ¡Fijáte! 186).

Mit Hilfe der Gruppe gegenseitiger

Hilfe (GAM) konnte die guatemalteckische Staatsanwaltschaft nun 14 dieser Personen auffindig machen. Die meisten wurden tatsächlich während des Krieges entführt und aus unterschiedlichen Gründen wieder freigelassen, worauf sie sich entschieden, ins Exil zu gehen. Laut

Mario Polanco vom GAM leben heute die meisten in Kanada, wollen aber, dass weder ihre Namen noch ihre Aufenthaltsorte in der Öffentlichkeit bekannt werden, da sie immer noch Repressalien gegen sich oder in Guatemala lebende Familienangehörige befürchten.

Staatsanwalt ermordet

Guatemala, 3. Sept. Zwei unbekannte Männer erschossen in einem Autobus im Zentrum der Hauptstadt den Staatsanwalt Manuel de Jesús Flores. Flores hatte erst wenige Stunden zuvor die Leitung der Sonderabteilung zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität der Staatsanwaltschaft übernommen.

Sein Vorgesetzter, Generalstaatsanwalt Carlos de León, ist überzeugt, dass das Verbrechen einen politischen Hintergrund hat. Ein Raubüberfall sei auszuschliessen, denn dem Ermordeten wurde einzig sein Funktelefon abgenommen. Flores erhielt bereits mehrmals Todesdrohungen, nachdem er, noch in seiner Funktion als Bezirksanwalt,

zwei Mitglieder einer Verbrecherbande zu je 50 Jahren Gefängnis verurteilte.

Generalstaatsanwalt de León versicherte, dass sie sich von diesem Mord nicht einschüchtern liessen, im Gegenteil, er bestärke sie im Kampf gegen Korruption und Drogenhandel: "Wir werden nicht aufhören, sie zu verfolgen, denn es ist schwierig, in diesem Klima der Gewalt zu leben", sagte de León.

Im Namen des *ökumenischen Forums für Frieden und Versöhnung* (Fepaz) forderte Vitalino Similox von der Regierung einen Sicherheitsplan, der nicht nur eine kleine Gruppe, sondern die ganze Bevölkerung schütze.

Ríos Montt vergrössert sein Reich

Guatemala, 27. Aug. Überraschender Wechsel in der Militärführung: Verteidigungsminister Alvaro Leonel Méndez Estrada wurde am 26. August ersetzt durch Robin Macloni Morán Muñoz, und Enrique Ríos Sosa, Sohn des Kongresspräsidenten Efraín Ríos Montt, wird Morán Muñoz Nachfolger und somit Chef des Obersten Generalstabs der guatemalteckischen Armee.

Zwar bezeichnete der Sekretär des Präsidenten diese Wechsel als Routine, der Umstand jedoch, dass sie im Vorfeld der von Präsident Portillo auf den 15. September angekündigten Reduktion der Armee stattfinden, gibt Anlass zu Spekulationen:

Für den Militärspezialisten Otto Pérez Molina steht Ríos Sosa nur noch einen Schritt vor seinem Ziel, der Beförderung zum Verteidigungsminister, dem höchsten militärischen Amt. Eine andere, anonyme Quelle, sagte, Präsident Portillo habe die Wechsel veranlasst, weil gewisse seiner Befehle bezüglich der geplanten Militärumbaustrukturierung von Méndez Estrada nicht unterstützt wurden.

Tatsache ist auf alle Fälle, dass Ríos Sosa in seiner neuen Position mehr direkten Einfluss auf das Offizierskorps und die Truppen hat, während der Minister eher politische Funktionen wahrnimmt.

Robin Macloni Morán ist bereits der vierte Verteidigungsminister während Portillos Amtszeit. Seine drei Vorgänger waren Juan de Dios Estrada (ab 4.1.2000), Eduardo Arévalo Lacs (ab 11.11.2000) und Alvaro Leonel Méndez Estrada (ab 28.11.2001). Aktive wie pensionierte Offiziere zweifeln keinen Moment daran, dass der nächste Verteidigungsminister Enrique Ríos Sosa heisst. Innerhalb des Militärs habe dieser sich nie speziell hervorgetan, sein einziger "Pluspunkt" sei, dass er der Sohn seines Vaters ist, heisst es aus Militärkreisen. Das ganze scheint denn auch ein abgemachtes Spiel zu sein und passt (ebenso wie die versprochene Entschädigung der Ex-PAC) beunruhigend gut in Ríos Montt's Präsidentschafts-Strategien.

Anlässlich des 129. Jubiläums des (militärischen) Politechnikums in San Juan Sacatepéquez sagte Präsident Portillo, er plane die Reduzierung der Armee um 6000 "Elemente" sowie eine Kürzung des Militärbudgets. "Die Aufgaben des Militärs haben sich gewandelt. Heute müssen wir die Regeln der Demokratie lernen", meinte der Präsident. Die Aufgabe der Armee sei der Schutz des Landes gegen Angriffe von aussen, die Sicherheit im Innern müsse von zivilen Kräften wie der Polizei gewährleistet werden. Entsprechend sprach er von der

Möglichkeit, nächstes Jahr 146 Mio. Quetzales des Militärhaushaltes ans Innenministerium abzugeben, damit dieses die Sicherheit der BürgerInnen gewährleisten könne.

Gemäss offiziellen Daten zählt die guatemalteckische Armee total 31'000 Aktive. Davon sind 2900 höhere Offiziere, 10'000 sog. Spezialisten (Köche, Mechaniker, administratives Personal etc.) und 19'000 Soldaten. Um im Rahmen einer Armeeverkleinerung die Offiziere zu entschädigen, würde laut Präsident Portillo 125 Mio. US\$ kosten, deshalb würden die 6000 Personen aus den Truppenbeständen reduziert.

Eine unabhängige Analyse des Militärhaushalts der Jahre 1996 bis 2000 hat ergeben, dass die Militärausgaben in den sechs Jahren seit der Friedensunterzeichnung gleich geblieben sind (rund eine Milliarde Quetzales pro Jahr) - etwa gleich viel wie die Ausgaben des Gesundheitsministeriums.

Im ersten Entwurf des am 3. September vorgelegten Budgets fürs Jahr 2003 wird zwar der Haushalt fürs Gesundheitsministerium auf 1,5 Milliarden Quetzales erhöht, dasjenige des Verteidigungsministeriums jedoch bleibt sich gleich. Die Erklärung dazu: Man wolle erst den Vorschlag Portillos bezüglich der Reduzierung der Armee am 15. September abwarten.

Wie der Landkonflikt in Xoncá/Nebaj eskaliert

Fortsetzung des Berichts "Räumung der Finca Santa Maria in Xoncá/Nebaj", ¡Fijáte! Nr. 263 vom 3. Juli 2002. Vorbemerkung: die umstrittene Finca heisst San Miguel und nicht Santa Maria, wie im erwähnten Artikel gemeldet:

Guatemala, 2. Sept. Die Geschichte rund um den Kampf um die Finca San Miguel spitzt sich zu: Der Katasterbericht von CONTIERRA, dem staatlichen Büro zur Lösung von Landkonflikten, stellt zwar fest, dass nur zwei der acht *caballerías* (eine *caballería* entspricht 44,72ha) dem Finquero Samayoa und die restlichen sechs *caballerías* den Gemeinden Xoncá, Pulay und Río Azul gehören. Sie sind ihnen in den fünfziger Jahren, nachdem Jacobo Arbenz gestürzt und die Landreform rückgängig gemacht worden war, von der Familie Samayoa Villatoro geraubt worden, die ihre einflussreiche Stellung als Bürgermeister der Gemeinde Nebaj ausnützten. Laut den Recherchen von CONTIERRA zwangen die Samayoas die indigenen Familien, für sie zu arbeiten. Weigerten sie sich, wurden sie von ihrem Land vertrieben und ihre Bodentitel ersetzt durch andere zu Gunsten der Familie

Samayoa. Die BäuerInnenfamilien lebten seither als Vertriebene in umliegenden Gemeinden. Erst im Frühjahr 2002 wehrten sie sich mit einer temporären Besetzung gegen diese Willkür und forderten ihr Land zurück (s. Artikel in ¡Fijáte! Nr. 263).

Die Verhandlungen zwischen den rechtmässigen BesitzerInnen der Finca und der Familie Samayoa, für die das Gutachten von CONTIERRA als Basis diente, verliefen im Sand. Der Finquero verlangte einen Rückkauf der acht *caballerías* (also auch jenen sechs, die nach CONTIERRA eindeutig den Gemeinden gehörten). Es gelang dem Finquero Humberto Samayoa offensichtlich mühelos (und wie es in Guatemala Tradition ist), sich die Staatsanwaltschaft und zwei RichterInnen gefügig zu machen. Mit der fadenscheinigen Begründung, die Vorstandsmitglieder der *Comité pro Tierra* von Xoncá müssten Aussagen im Zusammenhang mit der Entführung des Bürgermeisters von Cotzal machen, wurden sie am 23. August auf die Staatsanwaltschaft vorgeladen, mit dem Versprechen, dass sie nur Hausarrest zu gewärtigen hätten. Die erwähnte Entführung steht in keiner-

lei Zusammenhang mit den Landkämpfen der Leuten von Xoncá. Die Zitierten machten sich auf den Weg, wurden aber gewahrt, dass eine grosse Zahl schwer bewaffneter Polizisten der *Policía Nacional Civil* auf sie warteten, mit der Absicht, sie zu verhaften. Sie konnten sich gerade noch rechtzeitig der Verhaftung entziehen.

Am 24. August gab die Staatsanwaltschaft, im Einvernehmen mit dem Richter Moises Oswaldo Herrera und der Richterin Sara Griselda Yoc Yoc, der Polizei den Befehl, die Häuser der Vorstandsmitglieder des *Comité pro Tierra* zu durchsuchen. Den Durchsuchungsbefehlen waren gleich auch die Haftbefehle für die betreffenden Personen angehängt. Bei den mit Gewalt durchgeführten Hausdurchsuchungen wurden Gegenstände zerstört und 7000 Quetzales gestohlen.

Die *Defensoría Maya* bezeichnete in einer Presseerklärung das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als rassistisch und diskriminierend, und das ausgerechnet in einem Moment, wo der neue Generalstaatsanwalt mit einer Einsetzung lokaler Menschenrechts- und Antidiskriminierungsprokuratoren prahlt.

6. Versammlung des Frauenforums

Guatemala, 5. Sept. Über 150 Vertreterinnen aus allen Landesteilen haben sich zur 6. Versammlung des Frauenforums getroffen, bei der es darum ging, die geleistete Arbeit zu evaluieren und neue Ziele zu definieren. Das Frauenforum ist eine Instanz, die aus den Friedensabkommen erwachsen ist mit dem Ziel, die Umsetzung derjenigen Abkommen zu überwachen, die sich mit Frau-

enthemen beschäftigen.

Marta Godínez, Koordinatorin des Forums erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur CERIGUA, dass sie einen Bericht zuhanden der Regierung erarbeiten werden über die politische Beteiligung der Frauen seit der Friedensunterzeichnung. Daraus soll ein Aktionsplan erarbeitet werden mit konkreten Projekten, um diese Beteiligung zu

fördern. Weiter soll ein integrales Gesundheitsprogramm für Frauen gefordert werden sowie die Anerkennung von sexueller Belästigung als Strafdelikt.

Das Frauenforum kritisiert die Regierungspartei FRG, in ihren Diskursen die Geschlechterfrage zwar zu thematisieren, in ihrer Politik, in den Programmen und Projekten diesen Fokus jedoch völlig auszuklammern.

Absetzung des Radioprogramms "Perspektiven"

Guatemala, 6. Sept. Bereits zum zweiten Mal verlor die unabhängige Radiojournalistin Marielos Monzón ihren Job. Nachdem sie vor zwei Jahren fristlos bei *Radio Sonora* rausgeflog (siehe ¡Fijáte! 219), wurde nun auch bei *Emisoras Unidas* ihre Sendung "Perspektiven" abgesetzt. Dieses fast 3-stündige Nachrichten- und Informationsmagazin moderierte Monzón zusammen mit Ronal-

do Robles. Nachdem es zuerst hiess, es würde ihnen bloss die Sendezeit gekürzt, wurden die beiden Anfang September kurzerhand darüber informiert, dass ihre Sendung durch ein anderes Programm, moderiert vom Direktor der Tageszeitung *El Periódico*, Juan Luis Font, ersetzt würde.

Nun läuft also zur selben Sendezeit ein ähnliches Programm mit dem selben

Aufbau, den selben Themenblöcken, moderiert ebenfalls von einer Frau und einem Mann. Der Unterschied laut *Emisoras Unidas*: Die Sendung richte sich ans Publikum "A", will heissen, an die obere Mittel- und Oberschicht.

Monzón ist überzeugt davon, dass die Absetzung ihres Programms aufgrund von politischem Druck seitens wirtschaftlich starker Sektoren erfolgte.

Einladung zum Guatemala-Jahrestreffen

Vom **6. bis 8. Dezember 2002** findet in **Niederkaufungen** das Guatemala-Jahrestreffen statt, zu dem wir hiermit alle Interessierten herzlich einladen.

Die Regierung der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) mit Präsident Portillo ist seit knapp drei Jahren im Amt – fast schon beginnt der Wahlkampf für die Wahlen Ende 2003. Guatemala ist derzeit geprägt von politischer Unsicherheit, die sich u.a. in sich häufenden Überfällen auf Büros von Menschenrechtsorganisationen und auf MenschenrechtsaktivistInnen äußert. Die Organisationen Peace Brigades International (PBI) und CAREA wollen die Begleitarbeit in Guatemala wieder aufnehmen. Die Patrouillen zur zivilen Selbstverteidigung (PAC), denen schwere Menschenrechtsverletzungen während des Krieges vorgeworfen werden, stellen Entschädigungsforderungen, auf die die Regierung allzu bereitwillig eingeht. Durch Besetzungen wird die Landfrage wieder vehementer thematisiert – es gibt viele Brennpunkte sozialer Kämpfe.

Auf dem diesjährigen Treffen wollen wir uns in informellem Rahmen über die aktuelle politische Situation in Guatemala austauschen. Anhand von Referaten werden wir daneben spezielle Themen wie die Reaktion der katholischen Kirche, die eine große Rolle für die sozialen Bewegungen spielt, auf Forderungen nach indigener Selbstbestimmung sowie die Auswirkungen des 11. September auf die Verarbeitung von Kriegs-Traumata diskutieren.

Veranstaltungsort ist das Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen bei Kassel. Die Kosten werden incl. Übernachtung und Verpflegung bei ca. EUR 55.- liegen. Bettwäsche kann gegen eine Leihgebühr von EUR 5,- geliehen oder selbst mitgebracht werden.

Achtung: Aus organisatorischen Gründen muss die Anmeldung spätestens bis zum **10. November 2002** erfolgen. Anmeldung und Informationen bei:
Informationsstelle Guatemala, Heerstr. 205, 53111 Bonn,
Tel. 0228/634552, Fax 0228/631226, E-Mail: is.guate@web.de

ANMELDECOUPON

Hiermit melde ich mich und ___ weitere Personen verbindlich zum Guatemala-Jahrestreffen 2002 in Niederkaufungen an:

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

E-mail Adresse: _____ Telefon: _____

Ich/Wir

möchte/n am Veranstaltungsort übernachten.

()

kümmere/n mich/uns selber um eine Unterkunft.

()